



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 17. September 2012 (19.09)
(OR. fr)

13614/12
ADD 1

**Interinstitutionelles Dossier:
2011/0117 (COD)**

**CODEC 2091
SPG 23
WTO 295
OC 482**

ADDENDUM ZUM I/A-PUNKT-VERMERK

des Generalsekretariats des Rates

für den AStV/RAT

Nr. Komm.dok.: 10052/11 SPG 9 WTO 205 CODEC 796

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (**erste Lesung**)

- Annahme des Gesetzgebungsakts (**GA + E**)
- = Erklärung

GEMEINSAME LEITLINIEN

Konsultationsfrist: 26.9.2012

Erklärung Luxemburgs

Luxemburg weist darauf hin, dass – obwohl mit der Reform des Schemas allgemeiner Zollpräferenzen das Ziel verfolgt wird, die hilfsbedürftigsten Länder zu unterstützen, – der grundlegende Ansatz des vorliegenden Vorschlags diesem Prinzip nicht in vollem Umfang gerecht wird. Luxemburg bedauert, dass alle Länder mit mittlerem Einkommen ausgeschlossen sind, da hierbei die Heterogenität dieser Ländergruppe nicht gebührend berücksichtigt wird.

Da Luxemburg jedoch anerkennt, wie wichtig es ist, dass das Schema allgemeiner Zollpräferenzen auf möglichst breiter Basis angenommen wird, schließt es sich der Einigung über diesen Rechtsakt an.